olitik der deutschen vor dem
g chimborassohaft überlegen
grift des Fürsten Lichnowsky

heitskonferenz sprach sich be
e Regionalpakte aus, die wie
lehnt jede weitere Besetzung

zkostenansprüche.
Kriegsamt gab bekannt, daß
aten einen Betrag in Höhe
der Besatzung schulde. Der
rch Gutschreibungen um 3

Neuenbürg.
Schöne
Gartenerde
am abgeholt werden bei
Gottlieb Stengele.

W. Forstamt Liebenzell.
Nadel-Stammholz-
Verkauf
n schriftlichen Aufstreich
Donnerstag den 8. März
28, bis vorm. 11 Uhr Ein-
chung der Angebote beim
rstamt; Eröffnung derselben
12 Uhr im „Hirsch" zu
rstmeister- und Oberförster-
ier: 521 Fi., 1656 Ta. mit
n.: Langh.: 571 I., 642 II.
D III., 232 IV., 160 V.
VI.; Sägh.: 159 I., 74 II.
III., 40 IV., 3 V.; 170 Fa
Fm.: Langh.: 18 I., 61 II.
III., 14 IV., 2 V.; Sägh.
I., 7 II., 11 III., 5 IV., 1
Kl. Losverzeichnisse und
gebotsvordrucke durch die
rstdirektion, G.f.H., Stuttgart.

Württ. Schwarzwald-Verein
Ortsgr. Neuenbürg.
Mitglieder-Versammlung
Freitag den 2. März
28, abends 8½ Uhr, im
asthaus z. „Schwanen" in
euenbürg.
Tages-Ordnung:
schäfts- und Kassen-Bericht
1927.
ander-Programm 1928.
hresbeitrag 1928.
Um zahlreiche Beteiligung
rt
der Vorstand.

Schilling, Neuenbürg a. E.
Schuhspanner.

Neuenbürg.
Jüngerer
Hilfsarbeiter
gesucht.
ge'eisenfabrik Waldbaum.

Neuenbürg.
Ein schön möbliertes
Zimmer
rt zu vermieten.
Zu erfragen in der Enztäler-
schäftsstelle.

Neuenbürg.
Suche auf 1. April ein zu-
lässiges, fleißiges
Mädchen,
schon gedient hat, für
che und Haushalt.
Frau Med.-Rat Häcklin.

gesucht wird ein fleißiges
Mädchen
15. März in ein Geschäfts-
s (Bäckerei).
. Girrbach, Pforzheim,
Hohenzollernstraße. 33.

Birkenfeld.
Ein mit dreiblättrigen
ee eingesäter
Acker
d zu pachten, oder auch
en einen anderen umzu-
chen gesucht. Näheres
Dietlinger-Straße 37.

Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. dtsch. Verk. ℳ 1.56 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenten u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Gir.-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Aufträ. wird keine Gewähr übernommen.

№ 50. | Mittwoch den 29. Februar 1928. | 86. Jahrgang.

Deutschland.

Ulm, 28. Febr. In einer Wahlkreiskonferenz der Deutschdemokratischen Partei wurde dem Vorschlag der Parteileitung zugestimmt, der dahin ging, die Oberämter Ulm, Heidenheim, Ehingen, Biberach, Waldsee und Ravensburg zu einem Wahlkreisverband zu vereinigen. Als Spitzenkandidat der Partei für die Landtagswahl wurde einmütig Rechtsanwalt Eugen Hähnle-Ulm aufgestellt.

Berlin, 28. Febr. Die Deutschnationalen wollen trotz den Einwänden der Demokraten und Sozialdemokraten nicht auf Beamteneinstellungen verzichten. — In der deutschnationalen Presse wird bei Nichtdurchführung des Notprogramms mit dem Staatsstreich gedroht.

Minister Bolz zur Frage der Bezirkseinteilung.

Dietenheim, OA. Laupheim, 28. Febr. In einer hier gehaltenen Rede kam Innenminister Bolz auf die Frage der Bezirkseinteilung zu sprechen. Er sagte, die Staatsvereinfachung werde in Württemberg wohl auch eine andere Einleitung von verschiedenen Verwaltungsbezirken zur Folge haben. Die einzelnen Oberamtsstädte werden dadurch gewiß unvermeidbare Nachteile haben, aber man könnte doch deshalb nicht bestreiten, daß Verwaltungsbezirke, die über ein Jahrhundert alt seien, in der heutigen Zeit eben zu eng und zu klein und zu schwerfällig sind, auch in der Frage der Lastenverteilung. Die Einsicht der Bevölkerung über eine zweckmäßige Einteilung der Bezirke ist im Wachsen. Durch die Zuteilung zu größeren, steuerkräftigeren und ertragsreicheren Bezirken können viele Gemeinden Einsparungen erzielen. Wenn eine rein ländliche Bevölkerung Anschluß findet an eine Industriestadt, so führe das ohne weiteres zu einer gerechteren Steuerverteilung und zur Schonung der Landgemeinde.

Das Notprogramm der Regierung im Reichstag.

Berlin, 27. Febr. Auf der Tagesordnung der heute um 3 Uhr beginnenden Reichstagssitzung steht als einziger Punkt die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung in Verbindung mit dem Haushalt des Reichsministeriums des Reichskanzlers und der Reichskanzlei, die anstelle des erkrankten Reichskanzlers Dr. Marx Vizekanzler Dr. Hergt abgibt. Minister Hergt teilt zunächst mit, daß Dr. Marx erklärt habe, daß er mit dem Notprogramm der Regierung in allen Punkten einverstanden sei. Das Arbeitsprogramm erscheint als ein einheitliches Ganzes, das in einem Zuge verwirklicht werden muß. Aus diesem Grunde haben die vorbereiteten Gesetzentwürfe eine Schlußklausel erhalten, wonach der Zeitpunkt ihres Inkrafttretens demnächst durch ein besonderes Gesetz bestimmt werden soll, ein Zeitpunkt, der bei Annahme des Reichshaushaltsplanes für 1928 zugleich mit dessen Wirksamkeit auf den 1. April 1928 festzulegen sein würde. Soweit das Arbeitsprogramm im Verordnungswege durchzuführen ist, wird durch die Wahl des Termins der Verkündung demselben Gesichtspunkt Rechnung getragen werden. Auf die einzelnen im Arbeitsprogramm vorgesehenen Gesetzentwürfe übergehend, erklärt der Minister: Bei der Regelung des Kriegsschädenschlußgesetzes ist die Reichsregierung unter möglichster Schonung der Haushalte des nächsten Jahrzehnts in der Bemessung des Gesamtentschädigungskapitals den Vorschlägen gefolgt, die der Reichswirtschaftsrat gemacht hat. Dies bedeutet gegenüber der Regierungsvorlage ein Entschädigungskapital von rund 300 Millionen Mark mehr. Von wesentlicher Bedeutung ist von den einzelnen Aenderungen insbesondere die Gewährung der vollen Entschädigung nicht nur bis zu 2000, sondern bis zu 4500 Mark, die Erhöhung der Entschädigungsprozente für die Mittelstandsgeschädigten, sowie die Tilgung des bisher unpfändbaren Wiederaufbauzuschlages und die Gewährung eines besonderen, nach 14 Jahren zu tilgenden Wiederaufbauzuschlages für die großen Geschädigten. Was die Landwirtschaft betrifft, so wird die Reichsregierung bei der Durchführung der Umschulung an die territorialen Kreditinstitute Kassenvorschüsse in Höhe von zunächst 100 Millionen Mark gewähren und nach Möglichkeit darüber hinaus weitere Vorschüsse flüssig machen. Um das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen zu befähigen, den Aufgaben der Finanzierung des landwirtschaftlichen Personalkreditbedarfs und des Warenumsatzes gerecht zu werden, werden 25 Millionen Mark im Etat 1928 angefordert. Die Reichsregierung hält es weiter für erforderlich, zur Organisation und Förderung des Absatzes einen Betrag von 22 Millionen durch Uebernahme einer Bürgschaft des Reiches im Haushaltsgesetz und 8 Millionen Mark im Ergänzungshaushalt 1928 anzufordern. Den Zweck dieser Maßnahmen erblickt die Reichsregierung neben einer Stabilisierung der Viehpreise auch darin, die zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen bestehenden hohen Spannen zu verringern. Der Rentenbankkreditanstalt soll durch ein besonderes Gesetz die Möglichkeit gegeben werden, die landwirtschaftliche Produktion wirksam zu finanzieren. Zur Verhütung von Viehseuchen ist eine gleichmäßigere Handhabung der veterinärpolizeilichen Grenzsperren erforderlich. Das Reichsministerium des Innern hat mit den Ländern entsprechende Vereinbarungen getroffen. Zur Förderung der Geflügelhaltung und Organisation des Eierabsatzes werden eine Million Reichsmark angefordert. Für dringende Notstände werden 30 Millionen Mark gleichfalls durch den Etat 1928 zur Verfügung gestellt. Bei Besprechung der Hilfsmaßnahmen für Kleinrentner und Kriegshinterbliebenen stellt der Minister fest, daß einerseits infolge der geringen noch zur Verfügung stehenden Zeit es ausgeschlossen ist, die reichsrechtliche Rentnerversorgung jetzt zu lösen, andererseits, daß bedauerlicherweise die Fürsorge für die Kleinrentner keineswegs überall so durchgeführt wird, wie es dem Sinne und dem Geiste der Reichsgrundsätze entspricht. Den über 65 Jahre alten Kleinrentnern hat die Fürsorge wenigstens den erhöhten Richtsatz sicherzustellen. Entsprechend der Entschließung des Reichstags sollen Kriegshinterbliebene ohne weiteres als bedürftig angesehen werden, wenn sie Zusatzrente erhalten. Um den Fürsorgeverbänden die Verbesserung zu ermöglichen, ist im Haushalt 1928 bereits ein Betrag von 25 Millionen Mark vorgesehen. Darüber hinaus aber wird ein weiterer Betrag von 25 Millionen Mark einzustellen sein zu unmittelbaren Beihilfen an die Kleinrentner. Auch die Verbesserung der Renten aus der Invalidenversicherung ist ein Gebot der Stunde. Die jetzt vorgeschlagene Erhöhung beträgt 40 v. H. der Steigerungssätze, die jetzt für Beitragszeiten vor der Inflation gewährt werden. Die Erhöhung soll ab 1. Juli 1928 in Kraft treten. Da den Versicherten und den Arbeitgebern zurzeit ein neuer Beitrag nicht zugemutet werden kann, wird der Mehrbedarf von jährlich 100 Millionen Mark durch einen jährlichen, mit der Zeit abnehmenden Reichsbeitrag gedeckt werden müssen. Für 1928 handelt es sich infolge des Inkrafttretens am 1. Juli 1928 um 75 Millionen Mark. Für die Angestelltenversicherung wird eine entsprechende Maßnahme vorgeschlagen. Für die Deckung reichen aber die vorhandenen Versicherungsmittel aus. Zur Verbesserung der Bezüge aus den sogenannten Werkpensionen soll das Reich 3 Millionen Mark bereitstellen, wobei von der Voraussetzung ausgegangen wird, daß die Werke und die beteiligten Städte das übrige nach Kräften beitragen. — Aus alledem ergibt sich, daß im ganzen gesehen die vorgeschlagenen Maßnahmen und Mehrausgaben das Höchstmaß des finanziell Vertretbaren bedeuten. Nach dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen mit den Parteien darf die Reichsregierung erwarten, daß der Reichstag diese Notwendigkeit auch seinerseits anerkennen und ihr Rechnung tragen wird.

Die Regierungserklärung wird nun zur allgemeinen Aussprache gestellt. Damit verbunden wird die Aussprache über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung. Als erster Debattenredner warnt Abg. Stampfer (Soz.) die Regierung, Teile ihres Programms auf dem Verordnungswege durchführen zu wollen und aus der „ordnungsmäßigen" sich zur „verordnungsgemäßen" Regierung zu machen und stellt fest, daß die Zusammenfassung des Notprogramms zu einem Mantelgesetz unzulässig ist. Ganz ungenügend sind die Regierungserklärungen über die Fürsorge für Klein- und Sozialrentner. Leider hat die Regierung die sozialdemokratischen Vorschläge zur Behebung der Not der Landwirtschaft nicht beachtet. Abg. Graf Westarp (Dn.) betont, daß es in der Geschichte der bisherigen 17 Reichsregierungen noch nie dagewesen sei, daß eine aufgelöste Koalition zur Erledigung eines bestimmten Arbeitsprogrammes zusammen bleibt. Die deutschnationale Fraktion stehe rückhaltlos auf dem Boden dieses Entschlusses und sei bereit, die rasche und erschöpfende Durchführung dieses Programmes mit allen Kräften zu fördern. Der Redner stimmt der Auffassung zu, daß das Programm ein unteilbares Ganzes ist, aus dem kein Stein herausgenommen werden könne und wendet sich dann den Einzelheiten des Programms zu. Schließlich stellt Graf Westarp fest, daß es unverantwortlich wäre, auf die Vollendung dieses Werkes zu verzichten. Abg. v. Guérard (Zentrum) findet es eigenartig, daß ein Kabinett, das eigentlich gar keine Daseinsberechtigung mehr hat, mit Zustimmung von sieben Parteien des Reichstages Aufgaben von solcher Tragweite noch lösen soll. Wenn die Erledigung des Notprogramms sich wider Erwarten nicht erreichen läßt, dann wird es nicht unsere Schuld sein. Die Reichsregierung will noch einen Personaletat als Ergänzungsvorlage einbringen. Ich kenne den Inhalt nicht, muß aber jetzt schon betonen, daß meine Fraktion jeder Beamtenvermehrung und jeder Höherstufung von Beamten ablehnend gegenüber steht. Der Redner erklärt schließlich die Bereitwilligkeit des Zentrums zur praktischen Mitarbeit an der Erledigung des weiteren Arbeitsprogramms. Nach Ostern könne der Reichstag nicht noch einmal zusammentreten. Auf eine Geschäftsordnungsbemerkung des Abg. Dittmann (Soz.) antwortet Vizekanzler Hergt, daß der Verordnungsweg nur bei der Aenderung der Reichsgrundsätze für die Kleinrentner- und Sozialrentnerfürsorge in Frage komme. Abg. Dr. Scholz spricht ebenso wie der sozialdemokratische Sprecher Stampfer sein Erstaunen darüber aus, daß der Finanzminister jetzt plötzlich wieder über so große Mittel verfügte, während er noch vor kurzem nicht einmal eine Million für die dringendsten Aufgaben übrig hatte. Die Deutsche Volkspartei wird sachlich mitarbeiten an der Erledigung des Arbeitsprogramms aber sie muß die volle Verantwortung für die finanziellen Wirkungen dem Reichsfinanzminister überlassen. Der Redner erkennt die loyale Haltung der Oppositionsparteien an und betont, daß durch die Neuanforderungen keine neue Steuerbelastungen eintreten dürften. Abg. Dietrich-Baden (Dem.) lehnt es ab, daß etwa auch die Oppositionsparteien jetzt hinter der Regierung fänden. Das Notprogramm erfordere insgesamt 230 Millionen. Die Regierung müsse klipp und klar erklären, wie sie diese Ausgaben decken wolle. Schließlich betont auch er für seine Fraktion die Bereitwilligkeit, an der Verabschiedung von Etat und Notprogramm mitzuarbeiten. Während Abg. Schneller (Komm.) die Annahme des von den Kommunisten gegen die Regierung eingebrachten Mißtrauensvotums und die sofortige Auflösung des Reichstags fordert, erklären Abg. Drewitz (W. Rp.) und Abg. Leicht (B. Vp.) für ihre Parteifreunde, an der Erledigung des Etats und der Verabschiedung des Notprogramms mitzuarbeiten. Nach weiteren Ausführungen der Abg. Dr. Best (Volksrechtpartei), Weidenhöfer (Völk.) und Döbrich (Christ. nat. Bauernpartei), die die vorgeschlagenen Hilfsmaßnahmen als unzureichend ansehen, wird die allgemeine Aussprache geschlossen. Bei den Abstimmungen zum Haushalt des Reichsministeriums und der Reichskanzlei wird ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung der Reichsvertretung in München gegen die Linke und die völkischen Gruppen abgelehnt. Der Haushalt wird bewilligt. Das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Regierung wird gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und einen Teil der Demokraten abgelehnt. Die Streichung des Gehalts des Reichskanzlers wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Der Ausschußbeschluß, die Vertretung der Reichsregierung in München als künftig wegfallend zu bezeichnen, wird ohne besondere Abstimmung bestätigt. — Um 7¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag 2 Uhr.

Der Berliner Presse über die Lage.

Berlin, 28. Febr. „Es hat sich schon an diesem einen Tag gezeigt", meint die „Deutsche Allgemeine Zeitung", daß es schwer sein wird, die Parteien bei der Stange zu halten." Die „Tägliche Rundschau" weist darauf hin, daß die Regierungserklärung einen günstigen Eindruck hinterlassen habe. Wenn die Demokraten und Sozialdemokraten auch am Montag wie bei früheren Gelegenheiten erklärten, sie seien zur Mitarbeit bereit, so würde man sich doch nicht täuschen, wenn man etwa von der Opposition irgendwelche Rücksicht auf die parlamentarische Lage und die sachlichen Notwendigkeiten erwarten wollte. Es sei indessen am Montag von allen Vertretern der bisherigen Regierungsparteien, auch von dem der Wirtschaftspartei, die Bereitwilligkeit zur Verabschiedung des Programms betont worden. Es sei also die Grundlage für die dringend notwendige praktische Arbeit vorhanden. Daß sie nicht sehr fest sei, unterliege keinem Zweifel. Aber sie könne sich bei dem guten Willen der bisherigen Regierungsparteien durchaus als tragbar erweisen. Die „Germania" sagt, im ganzen habe die Debatte in der Frage, ob sich das Notprogramm durchführen lassen werde oder nicht, endgültig Klarheit nicht geschaffen. Es werde deshalb ein ungewöhnliches Maß von Disziplin und Selbstbeherrschung aufzubringen sein, damit die Nähe der Wahlen überwunden und die dringenden gesetzgeberischen Aufgaben erledigt werden könnten. Es erscheine untragbar, daß die Opposition mit einer Fülle von Agitationsanträgen die Wahlparolen schaffe, während die von der Verantwortung durchdrungenen Parteien, um das Werk zu Ende zu führen, sich ihre Position verschlechterten. Der „Lokalanzeiger" vermißt in der Regierungserklärung Angaben darüber, ob das Kabinett, falls die Durchführung des Programms bis zum festgesetzten Termin scheitern sollte, noch immer entschlossen sei, im Sinne des Communiqués vom 18. Februar den Reichspräsidenten um Auflösung des Reichstags zu ersuchen. Das Blatt stellt aber fest, daß die Vertreter einer Mehrheit die praktische Mitarbeit am Notpensum zusagten. Die „Deutsche Tageszeitung" weist darauf hin, daß dem Reichstag und seinen Fraktionen mit dem Notprogramm noch einmal eine allerletzte Chance gegeben sei; triumphiere auch hier wieder über die politische und wirtschaftliche Vernunft kleinlichster Parteigeist, so würden sich die Vertreter dieser Sorte Parlamentarismus nicht wundern dürfen, wenn Situationen entstehen, in denen man über sie mit Achselzucken hinweggehe. Die „Börsenzeitung" meint, nach der Erklärung Herrn v. Guerards und den Reden der Opposition werde man es erklärlich finden, daß der Verlauf der Debatte am Montag nicht dazu beigetragen habe, die Sorgen hinsichtlich der rechtzeitigen und reibungslosen Durchführung des Notprogramms zu verscheuchen. Die „Voss. Zeitung" sagt, auch nach der Regierungserklärung vom Montag wüßten die Oppositionsparteien nur, welche Vorlagen in den nächsten Tagen eingebracht werden sollten, aber nicht, wie sie im einzelnen gestaltet sein würden. Wäre die Reichsregierung so loyal wie die Opposition und würde sie im Bewußtsein ihrer jetzigen eigenartigen Stellung sich tatsächlich darauf beschränken, vom Reichstag zu fordern, was das allgemeine Interesse heischt, dann brauche sie um die Verwirklichung ihres Programms nicht besorgt zu sein, aber alles, was man über den Inhalt der kommenden Vorlagen höre, zwinge zu mißtrauischer Vorsicht. Auch der „Börsenkurier" ist der Auffassung, daß sehr viel davon abhänge, wie die einzelnen Fraktionen, die noch zum Teil unbekannten Einzelheiten des Programms, besonders in finanzieller Hinsicht, zur Kenntnis nehmen. Der „Vorwärts" betont, die Richtlinie der Sozialdemokratie sei Kampf gegen die Regierung des Bürgerblocks, solange sie noch existiere, Kampf, daß sie nicht wiederkehre, wenn ihre Zeit um sei.

Thronjubiläum des Königs Amun Ullah.

Berlin, 28. Febr. Am heutigen Dienstag feiert Afghanistan die 10jährige Thronbesteigung des Königs Amun Ullah und gleichzeitig damit seinen Nationalfeiertag. Aus diesem Anlaß gibt das Königspaar im Palais Prinz Albrecht heute abend ein großes Diner, zu welchem der Reichspräsident v. Hindenburg, die Reichsminister, die preußischen Minister, Vertreter der städtischen Behörden und Vertreter von Kunst, Wissenschaft, Industrie und Wirtschaft eingeladen sind.

Ausland.

Rom, 28. Febr. Zur allgemeinen Ueberraschung ist die für gestern erwartete Erklärung Mussolinis über Südtirol unterblieben. Nach der Kammersitzung hat Mussolini den italienischen Gesandten in Wien, Auriti, nochmals zur Berichterstattung empfangen.

Die Neuwahlen des Hagenauer Gemeinderats.

Paris, 27. Febr. Die Neuwahl des Hagenauer Gemeinderats, der aufgelöst worden war, weil sich Bürgermeister Weiß geweigert hatte, die französische nach der elsässischen Flagge am Rathaus zu hissen, fand gestern statt und brachte eine überwiegende Mehrheit für die Liste der elsässischen Volkspartei, an deren Spitze der bisherige Bürgermeister von Hagenau, Weiß, steht. Es entfielen auf die Liste Weiß 17 Kandidaten. Kaum war das Wahlergebnis bekannt geworden, als die Anhänger der Liste Weiß einen Umzug durch die Stadt unternahmen, wobei die Marseillaise gesungen wurde und Rufe „Es lebe Frankreich!" erklangen. Die Partei sandte an Poincaré ein Telegramm, in dem sie ihn ihrer Treue versichert und an die am 26. November 1918 abgegebenen Erklärungen im Namen der Bevölkerung von Hagenau erinnert. Der „Paris Soir" bezeichnet das Resultat als wenig ruhmreich. Das Telegramm des Bürgermeisters Weiß an Poincaré hätte sicherlich mehr Bedeutung gehabt, wenn es vor der Wahl abgesandt worden wäre, bereits zur Zeit der Kundgebungen, die zur Auflösung des früheren Gemeinderats führten. Man hätte dann die Kommentare vermeiden können, zu denen die Wahl von gestern Anlaß gab und die sicherlich nicht geeignet seien, die elsässischen Streitigkeiten beizulegen.

Eine Revision im Spionageprozeß Hansen verworfen.

London, 28. Febr. Vor dem Appellationsgerichtshof fand gestern die Berufungsverhandlung des wegen Spionage zu Gunsten Sowjet-Rußlands zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilten deutschen Studenten Georg Hansen statt. Hansen war vor einigen Wochen, wie gemeldet, gemeinsam mit einem englischen Kommunisten namens Cartney angeklagt worden, englische militärische Geheimnisse als bezahlter Spion Moskaus erforscht

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

zu haben. Hansen, ein 24jähriger, überaus naiv aussehender junger Mann, lehnte jede Schuld ab und erklärte, von einem gewissen Dr. Odenbach, der verschwunden ist, in die Angelegenheit hineingezogen worden zu sein, ohne zu wissen, daß es sich um Spionage handelte. Diese Verteidigung klingt zwar merkwürdig, aber durchaus nicht unglaubwürdig, wenn man den jugendlichen Angeklagten vor sich sieht, der mit der typischen Wichtigtuerei politisch festgelegter Jünglinge zu großen Aufgaben ausersehen zu sein glaubt. Er hat noch bis gestern daran geglaubt, daß das harte Urteil der ersten Instanz ein Irrtum sei, der sich bei der Berufungsverhandlung leicht aufklären müsse. Dies geschah jedoch keineswegs, und das Gericht, dessen Urteil endgültig ist, wies die Berufung nach kurzer Beratung über einige juristische Formfragen ab und bestätigte den Spruch der ersten Instanz. Zur Wahrnehmung der Interessen Hansens war der deutsche Rechtsanwalt, Reichstagsabgeordneter Dr. Rosenfeld, nach London gekommen, dem von den Behörden alle gewünschten Erleichterungen gewährt wurden. Dr. Rosenfeld konnte jedoch eine Wiederaufnahme der Beweisführung nicht erreichen.

Das Unterhaus über den Cavell-Film.

London, 28. Febr. Im Unterhaus wurde am Montag im Zusammenhang mit der Cavellfilmfrage eine ganze Anzahl von Fragen an die Regierung gerichtet. Der Kolonialminister wurde um Auskunft ersucht, ob er beabsichtige, Schritte für ein Verbot der Aufführung des Films in anderen Teilen des britischen Weltreiches zu unternehmen. Amery erwiderte, daß ein solches Ersuchen nicht an ihn gerichtet worden sei und daß er auch nicht beabsichtige, ähnliches zu veranlassen. Sir Austen Chamberlain gab sodann Auskunft über seine Verhandlungen zwischen ihm, Mitgliedern des Foreign Office und den Mitgliedern der deutschen Botschaft. Es sei zwar richtig, daß er den Film nicht gesehen habe, er habe aber auf Grund eines Berichts gehandelt, den ihm der Berichterstatter der Regierung übergeben habe. Auf Grund dieses Berichtes sei die Hinrichtungsszene in dem Film so dargestellt, daß ein Mitglied der Exekutionsabteilung sich weigerte, zu schießen, während die anderen daraufhin über den Kopf von Miß Cavell hinwegschossen. Der befehlshabende Offizier habe dann den tödlichen Schuß auf Miß Cavell abgefeuert. Er glaube, so sagte Chamberlain mit Nachdruck, daß diese Darstellung der Hinrichtung historisch sehr anzuzweifeln sei. Es handle sich um die wirtschaftliche Ausbeutung der Erinnerung an eine heroische Frau.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 29. Febr. Die Züge 995 Pforzheim ab 20.25, Neuenbürg an 20.50, 996 Neuenbürg–Pforzheim Neuenbürg ab 21.13, Pforzheim an 21.35 fallen vom 1. März ab aus. Zug 996 verkehrt ab 1. April täglich.

Neuenbürg, 27. Febr. (Unterer Schwarzwald-Nagold-Turngau.) Am Sonntag, den 26. Februar, fand in der Turnhalle in Neuenbürg eine Turnwartsversammlung des gesamten Gaues unter Leitung von Obergauturnwart Großmann-Höfen statt, die einen recht zahlreichen Besuch aufwies, obwohl einige Vereine nicht vertreten waren. 60 Turnwarte und Vorturner waren angetreten, und es zeigte sich bei dieser ersten Zusammenkunft, daß mit der Zusammenschmelzung beider Gaue in turnerischer Hinsicht etwas geschaffen wurde, was auf ein ersprießliches Vorwärtsstreben schließen läßt. Am Samstag abend beriet der Turnausschuß die Vorarbeiten zu dieser Versammlung und befaßte sich noch im besonderen mit einigen Punkten des aufgestellten Arbeitsplans. Der Turnwarte-Versammlung lag in erster Linie die Einübung der Freiübungen für das Deutsche Turnfest in Köln zu Grunde, welche in ihrem fachtechnischen Aufbau sehr schöne Formen verraten und in ihrer Gesamtwirkung einen recht guten Eindruck hinterließen. In mehr als dreistündiger Arbeit wurden diese Uebungen eingeübt und dazwischen hinein einige Marsch- und Laufübungen zur Entspannung eingeschoben. Die weitere Behandlung dieser Freiübungen ist nun Sache der Bezirksturnwarte. Auch die Pflichtübungen am Geräte wurden durchgeturnt. Für die im September nach Schwann stattfindende Gauturnfahrt wurden folgende Wettkämpfe festgelegt: Sechskampf für Oberstufe, bestehend in Stabweitsprung 5—8 m 0—20 Pkt., Kugelstoßen aus dem Stand, 7½ Kg. 6,40—10,40 m 0—20 Pkt., 100 m Lauf 12—16 Sek. 0—20 Pkt., Weithochsprung 2—3 m weit, 1—1,50 m hoch 0—20 Pkt., Kugelschocken 5 Kg. 10—16 m 0—20 Pkt. und eine Freiübung. Unterstufe (Vierkampf) Weithochsprung 1,80 bis 2,80 m weit, 90 cm bis 1,40 m hoch 0—20 Pkt., Kugelstoßen 7½ Kg. 5,40 bis 9,40 m 0—20 Pkt., 100 m Lauf 12—16 Sek. 0—20 Pkt., sowie eine Freiübung. Für die Turnerinnen folgt Näheres. Außerdem wird noch eine Freiübung sowie Musterspiele zur Vorführung kommen. In der sich anschließenden Besprechung im Turnvereinslokal hob Obergauturnwart Großmann hervor, daß man darauf Bedacht nehmen solle, daß unsere Veranstaltungen auch zahlreicher besucht würden, damit sich auch der Zusammenschluß in dieser Hinsicht fühlbar mache. Für die größeren Veranstaltungen möge man die Benützung von Sonderzügen ins Auge fassen, da die Verbindungen als recht ungünstig bezeichnet werden müssen. Bei einigermaßen gutem Willen sei dies mit Leichtigkeit zu erreichen. Dieser Vorschlag fand allseitige Zustimmung. Der Jugendturntag soll am 23. September in Calw stattfinden, woran sich die Jugend vom 12—17. Lebensjahr beteiligen soll. Hierbei sollen in der Hauptsache Mannschaftskämpfe ausgetragen werden unter Feststellung der besten Einzelleistungen. Die Bewerber für das deutsche Turn- und Sportabzeichen müssen ihre Anmeldungen spätestens bis 1. Juni für den oberen Bezirk an Gauturnwart Bantle-Calw, für den unteren Bezirk an Gauturnwart Gentner-Engelsbrand gelangen lassen. Die Abnahme erfolgt beim Gauschwimmen in Horb. Zum Schluß wurde noch der Schwimmplan des Gauschwimmwarts besprochen und gewünscht, daß noch eine besondere Brustkassel eingeschoben werde. Diese Verhandlungspunkte zeitigten eine rege Aussprache und nach Dankesworten von Gauturnwart Bantle für die Gastfreundschaft in Neuenbürg und gemeinsam gesungenen Turnerliedern schloß Obergauturnwart Großmann die arbeitsreiche Tagung. Sch.

(Wetterbericht.) Unter der Wirkung des östlichen Hochdrucks ist für Donnerstag und Freitag immer noch heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Württemberg.

Stuttgart, 28. Febr. (Evangelischer Landeskirchentag.) Wie wir hören, ist der Evangelische Landeskirchentag auf 12. März einberufen. Verhandlungsgegenstand soll bilden die Frage des Uebergangs von Stift und Seminarien in kirchliche Leitung und Verwaltung. *

Stuttgart, 28. Febr. (Wenn ich das neue Kleid nicht kriege.....!) In der Calwerstraße gehen heute morgen zwei Frauen. Eine ältere und eine jüngere, anscheinend Mutter und Tochter. Beide gut gekleidet. Sie kommen in ein erregtes Gespräch. Es scheint sich um die Kardinalfrage des Weibes, um die Kleiderfrage, zu handeln. Plötzlich schleudert die Junge den Handkoffer, den sie trug, in hohem Bogen auf die Straße und schreit: „Wenn ich das neue Kleid nicht kriege, dann werfe ich mich sofort vor die Straßenbahn!" Der Drohung ließ sie sofort die Tat folgen: sie legte sich auf das Straßenbahngleis. Eine Straßenbahn ließ sich allerdings vorerst nicht blicken. Leute kommen, es gab einen Auflauf und die Polizei machte dem Spektakel ein Ende, indem sie die rabiate Person in das nächste Haus brachte.

Cannstatt, 28. Febr. (Unterschlagung.) In dem seit mehreren Tagen vor dem hiesigen Schöffengericht zur Verhandlung stehenden Unterschlagungsprozeß beantragte der Staatsanwalt gegen den Oberrechnungsrat Böringer eine Zuchthausstrafe von 1½ Jahren sowie 3000 Mark Geldstrafe. Ferner beantragte er gegen den angeklagten Kaufmann Endriß 8 Monate Gefängnis.

Heilbronn, 28. Febr. (Gasvergiftung.) Heute vormittag wurde ein 67 Jahre alter, alleinstehender Arbeiter tot in seinem Bett aufgefunden. Durch die kriminalpolizeilichen Ermittlungen konnte festgestellt werden, daß der Verstorbene vermutlich aus Unvorsichtigkeit den Hahnen am Gasherd geöffnet und das ausströmende Gas, als er sich zu Bett legte, nicht bemerkt hat. Der Tod ist infolgedessen durch Gasvergiftung eingetreten.

Dußlingen, OA. Tübingen, 28. Febr. (Tragischer Tod.) Der pensionierte Bahnbeamte und Kirchengemeinderat Riedinger wurde plötzlich in tiefe Trauer versetzt. Die betagte, aber noch rüstige Ehefrau war mit Vorbereitungen zu ihrer goldenen Hochzeitsfeier beschäftigt, als sie unerwartet rasch durch einen Herzschlag letzten Freitag aus diesem Leben abgerufen wurde. Der tragische Fall, daß die Verstorbene am Tag ihrer goldenen Hochzeit beerdigt wurde, begegnet in der ganzen Gemeinde der herzlichsten Teilnahme.

Bempflingen, OA. Urach, 28. Febr. (Blutiger Zwist.) Zum zweitenmal versuchte der bei der Fa. Robert Bosch in Stuttgart beschäftigt: Arbeiter Uhl seiner von ihm geschiedenen Frau das Leben zu nehmen. Bereits im vorigen Jahr schoß Uhl nach den Fenstern, hinter denen er seine Frau vermutete. Nun kam er am Sonntag abend gegen ½7 Uhr die Bahnhofstraße herunter und traf dort zufällig auf seine frühere Frau, die von einem Spaziergang nach Hause wollte. Nach einem kurzen Wortwechsel zog Uhl plötzlich das Messer und verletzte die Frau durch mehrere Stiche in den Rücken, so daß sie schwer verletzt ins Krankenhaus nach Urach übergeführt werden mußte. Der Täter flüchtete, wurde aber Montag früh in seinem elterlichen Haus in Neckartenzlingen verhaftet. Seinen Aussagen nach wollte er sich selbst der Polizei stellen. Unterwegs hatte er sich an einer Hand schwer verletzt, er wollte sich die Pulsader abschneiden.

Tailfingen, 28. Febr. (Fabrikbrand.) Zu dem gestern kurz gemeldeten Fabrikbrand der Fa. J. Conzelmann z. „Rose" wird noch berichtet: Dem Brand ist der ganze Dachstuhl zum Opfer gefallen. Dieser ist vollständig niedergebrannt und in sich zusammengestürzt. Dabei wurden große Werte an Trikotwaren und an Trocken- und Rauhmaschinen vernichtet. Die Maschinen in den unteren Stockwerken wurden durch das Wasser stark in Mitleidenschaft gezogen. Große Mengen angebrannter Trikotstoffe wurden ins Freie geschafft. Die Feuerwehr Tailfingen und der Automobilschutz des Bezirks Balingen in Ebingen nahmen die Löscharbeiten rasch und tatkräftig auf. Die Brandursache ist unbekannt. Der Gebäudeschaden beträgt 25 bis 30 000 Mark. Der Brand hat bewiesen, daß bei Bränden derartig großer Gebäude die gewöhnlichen Spritzen nicht mehr ausreichen und nur Autospritzen genügend Hilfe bringen.

Ulm, 28. Febr. (Jugendlicher Brandstifter.) Um seinem Wunsch, ein großes Feuer zu sehen, zu befriedigen, hat ein 14½ Jahre alter Lehrling aus Enningen im Hofe des Adlerwirts Häge zu Albeck am 17. Januar 1928 abends um 7¼ Uhr einen großen Strohhaufen angezündet, der vor dem Stadel lag. Das Feuer ergriff den Stadel und vernichtete ihn samt seinem Inventar; der Schaden beträgt etwa 6000 Mark. Im Hinblick auf diesen Schaden und die in Albeck, wo es in der vorigen Nacht gebrannt hatte, verursachte Aufregung, aber auch auf die schwache Begabung und die mangelhafte Erziehung des Angeklagten, wurde vom Jugendgericht Ulm eine Gefängnisstrafe von 8 Wochen gegen ihn ausgesprochen.

Ulm, 28. Febr. (Vom Gemeinderat.) Die Stadt Ulm erbaut auf dem Kuhberg eine Anzahl Kleinwohnhäuser. In der gestrigen Sitzung wurde mitgeteilt, daß ein solches Kleinwohnhaus samt Bauplatz auf 10 800 Mark kommt. Es werden zwei Veräußerungsmöglichkeiten geboten und zwar der freie Verkauf, wobei 3200 Mark Anzahlung zu leisten sind und 7600 Mark hypothekarisch zu decken sind. Davon übernimmt die Stadt 3600 Mark zu einem mäßigen Zinsfuß und die Wohnungskreditanstalt 4000 Mark und 4 Prozent und 1 Prozent Tilgung. Beim Verkauf nach dem Wiederkaufsrecht wird der Bauplatz statt um 10 Mark nur zu 5 Mark pro Quadratmeter berechnet. Der Gesamtpreis beträgt demnach 9900 Mark. 1000 Mark sind Anzahlung zu leisten. Die Kreditanstalt übernimmt 4000 Mark. Die Stadt 4900 Mark zu 4 Prozent und 2 Prozent Amortisation. Beschlossen wurde auch der Umbau der Fernsprechanlage der Stadt Ulm, in eine solche für Selbstanschlußbetrieb. Die Kosten betragen 160 000 Mark. 60 000 Mark sind im Etat enthalten. 100 000 Mark übernimmt die ausführende Firma gegen 7% Verzinsung u. jährliche Abzahlung von 20 000 Mk. in aus Ersparnissen durch den Selbstanschluß entnommen werden können. Für das Etatjahr 1926 war eine Umlage von 15 Pfg festgesetzt. Da sich aus dem Anteil aus Gewerbe- und Einkommensteuer eine Mehreinnahme von 378 000 Mark ergab, konnten die ungedeckten Mehrausgaben von 170 000 Mark gedeckt und ein erheblicher Betrag aus Restmitteln in den Etat 1927 genommen werden. Durch die günstige Entwicklung der etatwirtschaftlichen Verhältnisse seit Beginn des Etats 1927 war es dann möglich, durch Mehreinnahmen aus der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer sowie aus der Gewerbesteuer die bei Abschluß des Etats vorhandenen Mehrausgaben von 203 000 Mark zu decken. Der Gemeinderat nahm von dieser wirtschaftlich günstigen Entwicklung gerne Kenntnis.

Ulm, 28. Febr. (Verhaftung.) Viel besprochen wird hier die Verhaftung des Häusermaklers M. St. Die Firma ist im ganzen Land bekannt. Die Unregelmäßigkeiten sollen bis auf 2 Jahre zurückgehen. Die Firma ist nicht zu verwechseln mit der Firma H. St., die auf solidester Basis arbeitet.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 28. Febr. Dem Dienstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 27 Ochsen (unverkauft 2), 35 (5) Bullen, 351 (41) Jungbullen, 300 (42) Jungrinder, 182 (10) Kühe, 906 Kälber, 2056 (40) Schweine. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen a 52—57 (letzter Markt 52—58), b 46—50 (46—49), Bullen a 50—51 (unv.), b 45—48 (unv.), Jungrinder a 59—62 (58—62), b 51—57 (51—56), c 42—48 (41—48), Kühe a 40—46 (unv.), b 29—36 (unv.), c 19—28 (unv.), d 14—19 (14—18), Kälber b 79—83 (79—82), c 67—77 (66—77), d 59—66 (57—66), Schweine a fette Schweine über 300 Pfd. 61—62 (60—61), b vollfleischige Schweine von 240—300 Pfd. 60—61 (59—61), c von 200—240 Pfd. 59—60 (57—59), d von 160 bis 200 Pfd. 55—57 (unv.), Sauen 42—51 (42—50) Mark. Marktverlauf: Mäßig belebt.

Heilbronn, 28. Febr. (Pferdemarkt.) Zutrieb: 403 Pferde. In den Stallungen wurde lebhaft gehandelt, während der Verkauf auf dem Markt anfänglich sehr schleppend vor sich ging. Es wurden etwa 80—90 Pferde mittleren und schweren Schlags verkauft. Preise: für leichte Pferde 300—600, für mittlere Pferde 600—900 Mark und für schwere Zugpferde 1500—2100 Mark. Luxuspferde waren nicht zugeführt.

Pforzheim, 27. Febr. (Schlachtviehmarkt.) Aufgetrieben waren 575 Tiere, und zwar 5 Ochsen, 6 Kühe, 28 Rinder, 15 Farren, 13 Kälber, 508 Schweine. Marktverlauf: Mittelmäßig. Ueberstand: 1 Stück Großvieh, 70 Schweine. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht: Ochsen a 55—57, b 52—54, Farren a 50—52, b und c 48—46, Kühe b und c 40—28, Rinder a 59—61, b 55—57, Schweine a 58—60, b 59—61, c 54—57.

Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 28. Febr. Oberbürgermeister Scheef hat an die Regierung folgende parlamentarische Anfrage gerichtet: „Nach

Wenn Euch des Alltags Sorgen plagen,
Im Ka-Li könnt Ihr schnellstens sie verjagen.

Des Herzens Not

Roman von Fr. Lehne.

71. Fortsetzung. Nachdruck verboten

„Bist du mir böse, Liebster? — Was habe ich dir getan?"

„Was du mir getan hast? — O, nichts, was der Rede wert ist! Was ist da weiter dabei, wenn eine Baronetz von Freesen eine Zeitlang einen Beamten ihres Vaters an ihre Liebe glauben läßt —"

„Hans, ich hab' dich lieb! Du weißt es —."

„Ich weiß nur, daß du mit mir gespielt hast! Niemals war es dir ernst mit deiner Liebe zu mir! Vielleicht hast du mich ausgelacht, daß ich deinen Beteuerungen glaubte. — Wie konnte ich auch so vermessen sein und denken, daß du wirklich mein Weib werden wolltest! Tor, der ich war —."

Sie senkte den dunklen Kopf und schwieg. Was sollte sie auch erwidern! Es wären nur immer dieselben Erörterungen gewesen!

„Du antwortest mir nicht, Gerda? Ein Beweis mehr, daß ich recht habe mit meiner Annahme, du wolltest dir nur über die Langeweile deines hiesigen Lebens hinwegbelfen!" fuhr er fort, — „den törichten Traum habe ich bitter bezahlen müssen."

„Das nennst du törichten Traum, Hans Detlev, was mir die süßeste Erinnerung ist —" sagte sie schmerzlich — „o, dann hast du mich nie wirklich geliebt —."

„Ich habe dich geliebt, Gerda, heiß und schmerzlich — es gab Tage, an denen ich alles, alles hätte dahingeben können, mein Leben — um dich mein zu nennen, so toll war ich — aber das ist jetzt vorbei, und du trägst selbst die Schuld daran!"

„Ich, Hans Detlev? Wieso?" fragte sie, mit heimlichem Beben seinen Worten lauschend — „wieso? Ich tat dir doch nichts zuleide —"

„Nein, du tatest mir nichts, wenigstens nach deiner Ansicht, — ich mußte ja zufrieden sein und dir blind folgen! — Aber wisse, zum schmachtenden Seladon bin ich nicht geschaffen — was ich liebe, will ich auch besitzen! — Ich kann mich nicht begnügen mit einem heimlich hingeworfenen Blick und Wort und leeren Versprechungen! — Frei hättest du dich zu mir bekennen müssen, damit auch Herr von Brühl wußte, woran er war. Denn er ist auch zu einem frivolen Spiel zu schade —"

„Das sagst du von ihm, der doch dein Nebenbuhler ist —"

„Deshalb bin ich nicht voreingenommen gegen ihn. Er ist ein prächtiger Mensch. Ich müßte ihm eigentlich dankbar sein, denn durch sein Herkommen ist mir klar geworden, daß du ein ganz herzloses, kokettes Mädchen bist, gar nicht wert einer ehrlichen Mannesempfindung."

So hatte noch niemand zu ihr zu sprechen gewagt; schwer fielen seine Worte auf sie nieder, und sie schien förmlich betäubt davon. Klar und kalt klang seine Stimme, ohne eine Spur von Wärme, und sie sank förmlich in sich zusammen. Leise, fast demütig, ganz entgegen ihrer sonstigen Art, sagte sie, indem sie die feuchtschimmernden Augen zu ihm emporhob —.

„Das sagst du mir, Hans Detlev — nein, das kann nicht dein Ernst sein! So schnell kannst du doch deine Liebe zu mir nicht vergessen haben! — O, ich weiß, Katharine Buchwaldt hat dich gegen mich —"

Er ließ sie nicht ausreden, abwehrend hob er die Hand.

„Nenne sie nicht, die stets nur Worte der Entschuldigung für dich hatte — sie ist viel zu vornehm denkend, als daß sie jemals anders als gut über ihre Mitmenschen reden könnte! Nein, du selbst, Gerda, hast mir die Augen über dich geöffnet — — und selbst wenn ich dich noch liebte wie ehedem — so müßte es doch zu Ende sein zwischen uns — denn wir können niemals zusammenkommen — eine Welt liegt zwischen uns —."

„Und wenn ich diese Kluft überbrücken würde —"

„Ich meine nicht den Standesunterschied; den rechne ich nicht! Ich beurteile die Menschen nicht nach ihrem Stande, sondern nach ihrer Bildung und Gesinnungsart — Und du denkst anders als ich, ganz anders — das ist's, was uns trotz aller Liebe trennen würde —."

„Ah, du sprichst nur so, weil du mich nicht mehr liebst, sondern eine andere!" rief sie mit bebender Stimme, „jetzt sehe ich klar; ich weiß auch, wen — leugne es nicht —."

„Ich leugne es nicht; vielleicht hast du recht! Aber diese andere habe ich mir verscherzt! Jetzt kann ich es nicht mehr wagen, meine Augen zu ihr zu erheben! Und noch eins, Gerda — nach dem, was zwischen uns vorgefallen ist, kann ich nicht mehr länger hier bleiben; mir brennt der Boden unter den Füßen. Sobald ich deinem Vater entbehrlich bin, werde ich gehen!"

Langsam tropften die Tränen aus ihren Augen, und sie zitterte am ganzen Körper vor innerer Erregung. Das alles mußte sie von ihm anhören, von ihm, den sie so heiß liebte, und sie konnte ihm nichts darauf erwidern; es war, als ob all ihr Trotz und Mut vor diesen blitzenden klaren Männeraugen mit dem Herrscherblick zusammenfielen. Und er hatte in diesem Augenblicke kein Mitleid mit ihr, die wie gebrochen vor ihm saß, zu tief hatte sie ihn gekränkt! Seit er sich von dem Empfinden für sie losgerungen, sah er ganz klar, und ihre Herzenskälte und Gleichgültigkeit beim plötzlichen Tode des Herrn von Buchwaldt hatten ihm den letzten Glauben an sie genommen, hatten ihn gänzlich ernüchtert.

Gerda fühlte einen namenlosen Schmerz; eine andere liebte er, und wen, das wußte sie nur zu genau — er war zu Katharine zurückgekehrt! Oder war es kein Schmerz, sondern nur gekränkter Ehrgeiz und Eitelkeit, sich verschmäht zu sehen? Heiß und brennend stieg es in ihren Augen auf — tausendfältig litt sie jetzt das, was er gelitten, als er ihr wahres Wesen erkannt.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

der der Stadtverwaltung Ludwigsburg gemachten Mitteilung plant das Innenministerium die Aufhebung der polizeilichen Reitschulabteilung in Ludwigsburg und der Verlegung nach Stuttgart. Diese Aufhebung würde für Ludwigsburg einen schweren wirtschaftlichen Nachteil bedeuten, der umso ernster ist, als Ludwigsburg durch die Entwicklung der Verhältnisse nach dem Krieg besonders schwere wirtschaftliche Einbußen erlitten hat. Wird das Staatsministerium angesichts dieser Tatsache auf der Durchführung der geplanten Maßnahme bestehen? In welcher Weise gedenkt das Staatsministerium evtl. einen Ausgleich zu schaffen?

Heilbronn, 28. Febr. Die Generalversammlung der Sozialdemokratischen Partei des 4. Wahlkreisverbands, die am Sonntag in Heilbronn stattfand, beschloß einstimmig, an den Bezirksparteitag den Antrag zu stellen, den Abgeordneten Ulrich-Heilbronn an aussichtsreiche Stelle auf die Kandidatenliste für den Reichstag zu setzen.

Rottenburg, 28. Febr. Die Wahlkreisversammlung der Zentrumspartei der Oberämter Rottenburg, Horb, Herrenberg, Reutlingen, Münsingen und Urach hat einstimmig als Spitzenkandidaten zur Landtagswahl den Abg. Hermann aufgestellt. In gleicher Einmütigkeit wurde auch der Vorschlag Rottenburgs, Minister Bolz an die zweite Stelle zu setzen, angenommen.

Laupheim, 28. Febr. Der jüdische Friedhof in Essingen wurde von zwei jungen Burschen im Alter von 17 bis 19 Jahren verwüstet. 42 Grabsteine wurden umgeworfen und dabei teilweise zerstört. Die Staatsanwaltschaft hat die näheren Ermittlungen aufgenommen. Der Friedhof ist nahezu 1000 Jahre alt.

Essen, 28. Febr. Die vier Bergarbeiterverbände haben heute gemeinsam das für den Ruhrbergbau bestehende Mehrarbeitsabkommen gekündigt. Die Kündigungsfrist läuft am 30. April 1928 ab.

Berlin, 28. Febr. Wie der Amtliche preußische Pressedienst mitteilt, hat die preußische Staatsregierung am Todestage des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert, wie alljährlich, durch den Heidelberger Oberbürgermeister Dr. Walz einen Kranz in den preußischen Farben am Grabe niederlegen lassen.

Berlin, 28. Febr. In der heutigen Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstages berichtete Abg. Philipp (Dntl.) namens des vierten Unterausschusses über den Abschluß der Untersuchungen über die Politik des Reichstages im Weltkriege und über die allgemeinen Ursachen und Hergänge des inneren Zusammenbruches im Jahre 1918. Es wurde beschlossen, dieses Teilergebnis dem Plenum noch in dieser Wahlperiode zur Kenntnis zu bringen.

Berlin, 28. Febr. Der Privatdiskont ist um ½ auf 6½% für beide Sichten erhöht. — Das Schöffengericht verurteilte Dr. Goebbels wegen öffentlicher Aufforderung zu Begehung strafbarer Handlungen zu sechs Wochen Gefängnis, den Angeklagten Scholz wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung zu vier Wochen Gefängnis. Die Kosten haben die Angeklagten zu tragen. — Die heutige Generalversammlung der Deutschen Beschaffungsstelle G. m. b. H. i. Liqu. beschloß die Beendigung der Liquidation mit dem 29. Febr. 1928. Damit hat die Tätigkeit dieser im Jahre 1919 zum Zwecke der Beschaffung und Verteilung von Devisen gegründeten Gesellschaft ihr Ende gefunden. — Da bis heute früh bei der zuständigen Strafkammer des Landgerichts II keine Revisionsanträge der Staatsanwaltschaft oder des Verteidigers zum Urteil im Krangprozeß eingegangen sind, ist das Urteil nunmehr rechtskräftig geworden.

Hamburg, 28. Febr. Einem raffinierten Großschwindler ist eine Werft in Jadestaaten zum Opfer gefallen, die ihm vor einiger Zeit ein großes Schwimmdock nach Amerika zu dem Preise von 1,5 Millionen Mark verkauft hatte. Der Käufer hatte 175 000 Mark durch Scheck angezahlt, worauf sofort die Instandsetzungsarbeiten für die Uebergabe eingeleitet wurden. Wie sich nunmehr herausgestellt hat, ist der Scheck gefälscht und der Kauf fingiert. Der Schwindler wurde in Bremen verhaftet.

Altona, 28. Febr. Die Polizei nahm im Hamburg-Altonaer Grenzgebiet vier Personen fest, die in den Lokalen Rauschgifte verkauften.

Stockholm, 28. Febr. Fürst Otto von Bismarck hat sich nach einer Meldung mit Fräulein Ann Mari Tengbom verlobt. Die Verlobung wird am 1. März öffentlich bekanntgegeben und in Stockholm im engsten Familienkreis gefeiert werden. Der Fürst, der heute im 31. Lebensjahr steht, ist als Legationssekretär bei der Gesandtschaft in Stockholm tätig.

London, 28. Febr. Admiral Jellicoe hat die Aufforderung angenommen, die Nachfolge Marschall Haighs als Vorsitzender der Britischen Legion zu übernehmen.

Athen, 28. Febr. Das Amtsgericht hat heute das Urteil in der Angelegenheit der Militär-Kraftwagenlieferungen an den Staat durch deutsche Gesellschaften gefällt und die zwischen diesen Gesellschaften und der Regierung Pangalos abgeschlossenen Verträge für Null und nichtig erklärt.

Washington, 28. Febr. Der Marineausschuß des Repräsentantenhauses gab heute seine Einwilligung dazu, daß die Bestimmungen, wonach die vorgesehenen 15 Kreuzer und das Flugzeugmutterschiff innerhalb von sechs Jahren fertiggestellt sein sollten, aus der Vorlage gestrichen werden.

Washington, 28. Febr. Der Senat nahm heute die Freigabebill in der am Freitag von Delegierten beider Häuser festgelegten Kompromißform an. Sie geht jetzt nunmehr dem Repräsentantenhaus zu.

Washington, 28. Febr. Kellogg besteht in seiner Antwort an Briand auf einem generellen Kriegsverbot und die Ausdehnung des Paktes auf die Großmächte.

Washington, 28. Febr. Das Einwanderungsamt veröffentlicht die Quoten der nach dem 1. Juli in Kraft tretenden System zugelassenen Einwanderer aus den verschiedenen Ländern. Die Gesamtziffer der Einwanderer wird gegenüber der bisherigen Quote um rund 110 000 gesenkt. Aus Deutschland werden nur 24 908 Einwanderer gegenüber 51 000 im Vorjahre zugelassen.

Peking, 28. Febr. Der gelbe Fluß ist aus den Ufern getreten und hat 80 Dörfer in der Gegend von Lisin im Nordosten der Provinz Schantung unter Wasser gesetzt. 20000 Menschen sind obdachlos. Durch diese Katastrophe erhält sich noch die in Schantung schon herrschende furchtbare Hungersnot, von der vier Millionen Menschen betroffen sind.

Urteil im pommerschen Kommunistenprozeß.

Leipzig, 28. Febr. In dem pommerschen Kommunistenprozeß wurde heute abend das Urteil verkündet. Das Gericht verurteilte Drews wegen Sprengstoffkomplotts, Vergehens gegen § 7 des Republikschutzgesetzes, Vergehens gegen die Waffenverordnung und andere Straftaten zu 6 Jahren 3 Wochen Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe. 4 Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von 1—2½ Jahren; einer wurde zu 9 Monaten Festung verurteilt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. Febr. Auf der Tagesordnung der heute um 3 Uhr beginnenden Sitzung steht die zweite Beratung des Haushalts für Versorgungs- und Ruhegehälter. In der Debatte weist Abg. Roßmann (Soz.) darauf hin, daß dieser Haushalt die ungeheure Summe von 1780 Millionen erfordert. Die Sozialdemokratie wolle nicht die berechtigten Pensionsansprüche der Beamten und Heeresangehörigen aufheben, aber sie wende sich gegen die Maßlosigkeit nach oben. Der Redner empfiehlt zur Annahme eine Ausschußentschließung, in der die baldige Vorlegung eines Pensionskürzungsgesetzes und eines Pensionsgesetzes für politische Beamte verlangt wird, während Abg. Lawrenz (D.N.) erklärt, daß die deutschnationale Partei aus grundsätzlichen Erwägungen gegen jeden Versuch einer Pensionskürzung sei. Abg. Lucke (W. Vg.) verlangt die Anrechnung der Wartestandszeit der Beamten auf das pensionsfähige Dienstalter. Abg. Erfing (Ztr.) wendet sich gegen die Auswüchse und Mißbräuche im Pensionswesen. In der Zeit der allgemeinen Notlage müßten auch die hohen Pensionäre Opfer bringen. Abg. Brüninghaus (D. Vp.) betont, daß den Kriegsbeschädigten gegeben werden müsse, was irgend möglich sei. Es sei weiter eine staatspolitische Notwendigkeit, die ausscheidenden Soldaten in der Zivilversorgung unterzubringen. Abg. Brodauf (Dem.) empfiehlt zunächst eine Entschließung seiner Fraktion, die im Etat für 1929 die „Zivilversorgung" besonders ausführt und aus dem Versorgungsetat herausnehmen will, weil gerade dieser wichtige Versorgungszweig bisher zu kurz gekommen sei. Der Entschließung, die ein Pensionsgesetz für politische Beamte fordert, stimme die demokratische Fraktion zu. Gegen die Auswüchse der Pensionen wenden sich auch die Redner der übrigen Parteien, wobei besonders die Kommunisten die Streichung der Generals-, Admirals- und Ministerpensionen verlangen und Abg. Frick (Nat.-Soz.) die Behauptung aufstellt, daß im Aeltestenrat schon eine Pensionierung der Reichstagsabgeordneten erwogen worden sei. Dagegen protestiert energisch Präsident Löbe. Im weiteren Verlauf der Debatte kommt es bei der Rede des Abg. Loibl (Bayr. Vp.), der die bisherigen Regierungsparteien in Schutz nimmt, zu einem Zwischenfall, als von der Publikumstribüne Zwischenrufe gemacht werden, die Abg. Loibl als Folge verhetzender Tätigkeit der Linken bezeichnet und die Abg. Roßmann (Soz.) entschieden zurückweist. Damit schließt die Aussprache. Der Teil der Ausschußentschließung, der ein Gesetz über Festsetzung einer Höchstpension und Regelung der Pensionskürzung bei hohen Arbeitseinkommen fordert, wird in namentlicher Abstimmung mit 273 gegen 120 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen. Dagegen haben die Deutschnationalen, die Deutsche und die Bayerische Volkspartei gestimmt. Angenommen wird auch ein Teil der Entschließung, in dem ein Pensionengesetz für politische Beamte gefordert wird. Die weiteren Ausschußentschließungen auf Beihilfen für die alten Veteranen und auf vermehrte Einstellung Versorgungsberechtigter bei den Reichsbehörden werden gleichfalls angenommen. Nach Ablehnung aller Aenderungsanträge wird der Versorgungsetat bewilligt. — Um 6¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr.

Das Zentrum für Bewilligung des Panzerkreuzers.

Berlin, 28. Febr. Wie wir erfahren, beschäftigte sich das Zentrum in seiner heutigen Fraktionssitzung, die sich bis in die 9. Abendstunde hinzog, in der Hauptsache mit den Fragen des Wehretats. Bei dem Teil des Etats, der sich auf die Reichsmarine bezieht, entspann sich eine längere Aussprache, die darin gipfelte, daß die Fraktion mit Mehrheitsbeschluß für die Bewilligung des Panzerkreuzers eintritt.

Zu dem Beschluß der Reichstagsfraktion des Zentrums, die vom Reichswehrminister angeforderten Mittel für den Neubau eines Panzerkreuzers zu bewilligen, bemerkt die „D. A. Z.": Wesentlich für die Entschließung des Zentrums war die nationalpolitische Rücksicht auf Ostpreußen, die schon vom Reichswehrminister Dr. Geßler bei der Begründung des Kreuzerbaues in den Vordergrund gerückt war. Wie wir erfahren, wird das Zentrum seinen Einfluß auf Preußen dahin geltend machen, daß auch die preußische Regierung ihren bei der ersten Lesung des Etats im Reichsrat eingelegten Einspruch nicht mehr aufrecht erhalten wird. Das Preußenkabinett muß also in dieser Frage seine Haltung ändern.

20 Millionen Phöbus-Verluste.

Berlin, 28. Febr. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" veranschlagt der Reichssparkommissar die in der Phöbus-Angelegenheit erlittenen Verluste auf etwa 20 Millionen Reichsmark, wobei noch nicht feststehe, ob diese Summe nicht durch die weiteren Ergebnisse der noch laufenden Untersuchungen überholt werde.

Zu der Meldung der „Vossischen Zeitung", wonach die Phöbusverluste auf etwa 20 Millionen Reichsmark veranschlagt würden, bemerkt der „Vorwärts", daß diese Feststellung nicht von dem Reichssparkommissar, sondern von sozialdemokratischer Seite gemacht worden sei. Das Blatt teilt dann weiter mit, daß gestern vormittag in einer Besprechung der Parteiführer und der Fachbearbeiter, die von dem Reichswehrminister einberufen worden sei, die privatwirtschaftlichen Gründungsgeschäfte der Marineleitung, also die Phöbusaffäre und die Angelegenheit der Bacon-Company erörtert worden seien. Die Verluste in der letzteren Angelegenheit sollen, dem genannten Blatt zufolge, mindestens 1,1 Millionen Mark betragen.

Die Ehescheidungsreform. Wann kann geschieden werden?

Im Rechtsausschuß des Reichstags wurde am Dienstag das Verlangen des Zentrums und der Deutschnationalen, die Ehescheidungsreform nicht mehr zu beraten, weil die zur Verfügung stehende Zeit nicht ausreiche und diese Reform nicht in das Notprogramm gehöre, abgelehnt. Der Ausschuß beschloß vielmehr, sich noch mit der Ehescheidungsreform und dann mit der Frage der Amnestie zu beschäftigen. Geheimrat Dr. Kahl (D. Vp.) erstattete dann einen ausführlichen Bericht über die Beratungen des Unterausschusses zur Ehescheidungsreform. Danach soll ein neuer § 1568a des B.G.B. geschaffen werden, der eine Scheidung der Ehe wegen tiefer Zerrüttung zulassen will, wenn gleichzeitig die Lebensgemeinschaft der Ehegatten seit mindestens einem Jahr nicht mehr besteht. Klagen kann aber nur der unschuldige Teil. Ferner soll Ehescheidung möglich sein, wenn die Gatten im beiderseitigen Einvernehmen mindestens 5 Jahre getrennt gelebt haben. Voraussetzung für die Scheidung ist in allen diesen Fällen eine Einigung über die Unterhaltspflicht für die Kinder, die durch Urteil ersetzt werden kann. § 1569, der die Scheidung wegen Geisteskrankheit regelt, soll nach den Vorschlägen des Unterausschusses etwas anders gefaßt werden. Neu eingefügt werden soll die Bestimmung, daß, wenn keiner der Ehegatten für schuldig erklärt wird, beide gegenseitig nach Maßgabe der Billigkeit insbesondere unter Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse zum Unterhalt verpflichtet sind. Dr. Kahl betonte zum Schluß, daß der Antrag des Unterausschusses nur dem Sinne, nicht aber dem Wortlaut nach für die Parteien verbindlich sei, die ihn unterschrieben hätten. In der Aussprache wandte sich Dr. Pfleger (B. Vp.) gegen diesen Antrag, besonders gegen die Scheidung, wenn die Ehegatten in beiderseitigem Einverständnis mindestens 5 Jahre getrennt gelebt hätten. Wenn der Mann in den 5 Jahren die Ehe gebrochen habe, biete sich für die Frau keine Möglichkeit mehr, den Mann allein schuldig sprechen zu lassen. Eine solche Vorschrift sei also im Interesse der Frau und ihrer Kinder unmöglich. Freiherr Dr. v. Freytagh-Loringhoven (D.N.) wandte sich ebenfalls gegen den Antrag. Der Antrag führe eine Lockerung des Ehebestands herbei. Ehescheidungserleichterungen dürften nur bei kinderlosen Ehen eingeführt werden. Hampe (W. Vg.) hielt besonders den § 1568a für gefährlich, wonach jeder Ehegatte auf Scheidung klagen kann, wenn die Ehegatten mindestens 5 Jahre völlig getrennt voneinander leben. Dadurch würde eine Art Probeehe eingeführt. Auch Frau Weber (Ztr.) hielt diese Fassung für den Familiengedanken absolut zerstörend, zumal allein die Frau der leidtragende Teil sein würde. Dr. Rosenfeld (Soz.) hielt dagegen den Antrag für den Anfang einer vernünftigen Ehescheidungsreform und auch Brodauf (Dem.) versprach seine Unterstützung. Der Vorsitzende Dr. Kahl (D. Vp.) betonte noch, daß der Antrag gerade im Interesse der Reinheit und Heiligkeit der Ehe gestellt worden sei. Der Auffassung der katholischen Kirche stehe seit 400 Jahren der protestantische Gedanke entgegen. Die geltende Gesetzgebung fördere den Ehebruch. Selbst im Falle beiderseitigen Einverständnisses der Ehegatten wisse bei einem Scheidungsprozeß jeder Richter, daß er von den Prozeßteilen angelogen wird. Eine vollkommen zerrüttete Ehe unter Durchschnittsmenschen aufrecht zu erhalten, bedeute nicht die Heiligkeit und Reinheit der Ehe zu wahren, sondern im Gegenteil die Scheinheiligkeit. Dann vertagte sich der Ausschuß.

Ein tschechisches Schandurteil gegen Deutsche.

Prag, 28. Febr. Gestern wurde der im Dezember vertagte Prozeß gegen 4 Mitglieder der deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei wegen Spionage zu Ende geführt. Angeklagt waren Walter Richter, Theodor Köpner, Anton Kretschmer aus Gablonz und Hans Babubisch, Lehrer aus Proschwitz, denen das Verbrechen des militärischen Verrats zur Last gelegt war. Der Prozeß fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Das Urteil lautete für Walter Richter auf 6 Jahre, für die übrigen Angeklagten auf je 5½ Jahre schweren Kerkers unbedingt. Außerdem wurden allen Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen. Die Verurteilten waren Teilnehmer an einem von Dr. Leibel-Berlin im Deutschen Reich veranstalteten Sommerlager gewesen.

Der polnische Wahlterror.

Posen, 28. Febr. Auch in der Wojewodschaft Posen herrscht der schlimmste Wahlterror gegen die deutsche Minderheit. So wurden verschiedene Wahlversammlungen gesprengt, die der frühere deutsche Abgeordnete Gräbe im Wahlkreis Schildberg-Adelnburg einberufen hatte. Hier waren Sprengkommandos an der Arbeit. In einem Fall mußte die Polizei die Versammlung auflösen, trieb jedoch nur die ruhigen Deutschen aus dem Versammlungslokal hinaus. Der zweite deutsche Redner, Kaufmann König-Ostrowo, wurde von der Kriminalpolizei verhaftet und solange festgehalten, bis die Versammlung beendet war. Gräbe wurde während seines Vortrags mit Eiern beworfen.

Anschlag auf einen italienischen Jesuitenpater.

Rom, 28. Febr. Auf den früheren Generalsekretär der Gesellschaft Jesu, den Geschichtsschreiber des Jesuitenordens Pater Dacchi Venturi, ist ein Attentat verübt worden. Ein junger Mann versuchte in dem Kloster an der Jesuitenkirche mit einem dolchartigen Instrument dem Gelehrten den Hals zu durchbohren. Der Pater wurde verwundet; der Täter ergriff die Flucht. Ueber das Motiv der Tat herrscht noch Unklarheit.

Gasparri gegen den Faschismus.

Rom, 28. Febr. Der erzfaschistische „Tevere" veröffentlicht einen auffallend heftigen Angriff gegen den Kardinal-Staatssekretär Gasparri, der wiederholt als erbitterter Gegner des Faschismus und als Freund und Beschützer des Exministerpräsidenten Nitti und des ehemaligen Führers der katholischen Volkspartei Don Sturzo aufgetreten sei. Kardinal Gasparri hat erst kürzlich wieder seine Genugtuung darüber ausgedrückt, daß der Papst jetzt den Faschismus ebenso abfällig beurteile, wie er selbst. Der Kardinal-Staatssekretär machte ausführliche Mitteilung über die italienische Wirtschaftskrise, die er vorausgesehen habe und erklärte, daß das italienische Volk schwer unter der Steuerlast leide, während der Faschismus sich skandalöser Verschwendung schuldig mache. Der Kardinal vertritt die Ansicht, dieser Zustand könne nicht mehr lange dauern und auf die Dauer des Regimes könne niemand sich verlassen.

Havarie eines italienischen Motorschiffes.

Rom, 28. Febr. Die Blätter berichten, daß das große Motorschiff „Augustus", welches Genua am 27. Februar verlassen hatte, infolge des Bruches zweier Kolbenstangen die Fahrt nach Amerika unterbrechen und nach Genua zurückkehren mußte. Gelegentlich des Stapellaufes dieses Schiffes hatten die Blätter diesen Neubau als eine große italienische Errungenschaft gepriesen.

Annahme der Zollnovelle in der französischen Kammer.

Paris, 28. Febr. Die Kammer hat heute abend die Zollnovelle in ihrer Gesamtheit mit 403 gegen 74 Stimmen angenommen. Nach Erledigung der einzelnen Zollpositionen ergriff der Vorsitzende des Zollausschusses, Abgeordneter Jean Bofe das Wort, um allgemein zu betonen, daß man sich bemüht habe, der Industrie und der Landwirtschaft den gleichen Schutz angedeihen zu lassen und gleichzeitig die Beschäftigung der Arbeiter sicherzustellen. Die Zollnovelle sei kein endgültiges Werk, sie sei ein erster Schritt auf dem Wege der Gleichstellung der Landwirtschaft und der Industrie. Darauf hat die Kammer mit der obengenannten Abstimmung die Beratung über die Zollnovelle zum Abschluß gebracht.

Die englischen Behörden über die Angelegenheit der „Alcantara"

London, 28. Febr. Die mit der Untersuchung über den Untergang der „Alcantara" betrauten Behörden haben die Haltung des Kapitäns des russischen Schulschiffes „Towarisch" streng gerügt und gesagt, es sei nicht zu begreifen, daß er nichts unternommen habe, um Menschenleben zu retten. Man solle in solchem Fall mehr an die anderen, als an sich selbst denken.

England wartet mit dem Verbot der Giftgase ab.

London, 28. Febr. In Beantwortung einer Anfrage erklärt Baldwin im Unterhaus, daß England die Konvention, die die Verwendung von Giftgasen im Kriege verbiete, erst ratifizieren werde, wenn alle bedeutenderen Mächte die Konvention ratifiziert hätten. Kennworthy fragte, ob die Regierung in dieser Beziehung nicht mit gutem Beispiel vorangehen wolle, mit der Unterstützung, mit der die öffentliche Meinung Englands während des Weltkrieges die Verwendung giftiger Gase gebrandmarkt hätte. Baldwin erklärte, die Regierung glaube, daß ihr Verfahren das richtige sei.

Der Fernflug der „Los Angeles".

Washington, 28. Febr. In Regierungskreisen betrachtet man den ohne Zwischenlandung durchgeführten Flug der „Los Angeles" von Newyork bis zum Panamakanal als einen offenkundigen Beweis dafür, daß Luftschiffe dieses Typs für Flüge mit weiten Entfernungen geeignet sind. Die „Los Angeles" hat die Strecke von 2065 Meilen in 39 Stunden 45 Minuten zurückgelegt. Der Flug ist der größte Fernflug des Luftschiffs seit seiner Fahrt von Deutschland nach Amerika. Der Vertreter der Goodyear Zeppelin-Company empfahl dem Kongreßausschuß den Bau von zwei Luftschiffen, die im Frieden als Handelstransportmittel sowohl für kontinentale als auch für transatlantische Flüge verwendet werden könnten. Der Bau von zwei Luftschiffen würde 8 Millionen Dollar kosten, der Bau nur eines Luftschiffes 5½ Millionen Dollar.

Francefield (Kanalzone), 28. Febr. Das Luftschiff „Los Angeles" trat heute vormittag 10.15 Uhr den Rückflug an. Es fliegt zunächst nach dem Golf von Guacanayabo (Cuba), wo sein Begleitschiff „Patoka" vor Anker liegt.

Selbstmord durch Uebergießen von Petroleum. Wie aus Helsingborg in Schweden gemeldet wird, ereignete sich in Billesholm bei Helsingborg ein tragisches Unglück. Vorbeiziehende Fußgänger bemerkten nämlich in einem der dortigen Bauernhäuser einen Feuerschein und begaben sich sofort in das Haus. Hier fand man jedoch eine alte Frau am ganzen Körper brennend vor, löschte mit Laken und Tüchern die brennenden Kleider und lieferte sie ins Krankenhaus ein, wo sie kurz darauf starb. Es handelt sich um eine Witwe im Alter von 63 Jahren, die in letzter Zeit scheinbar geisteskrank war. Sie hatte Petroleum über ihre Kleider gegossen und diese dann angezündet, um ihrem Dasein ein Ende zu machen.

Das Bauernhaus als Festung. Wie aus Le Puy gemeldet wird, hält der Bauer Bernardon, der von der Polizei verhaftet werden sollte und sich in seinem Hause verbarrikadiert hat, der Belagerung noch immer Stand. Aus der ganzen Umgegend wurden nicht weniger als 40 Polizisten zusammengezogen, um Bernardon zu fangen. Aber trotz wiederholter Aufforderung der Polizei und den Bitten seiner jungen Frau scheint der starrköpfige Bauer nicht geneigt zu sein, sich zu ergeben. Die Gendarmen geben von Zeit zu Zeit Schreckschüsse ab, worauf Bernardon, der reichlich mit Munition versehen ist, mit einigen Gewehrschüssen antwortet, die glücklicherweise bisher niemand getroffen haben. Den Bewohnern, die sich seinem Hause näherten, erklärte Bernardon, er habe sich nichts zuschulden kommen lassen und deshalb werde ihn die Polizei nicht bei lebendigem Leibe festnehmen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Amtsgericht Neuenbürg.

Eintragungen a) im Handelsregister, Abt. f. Ges. F., vom 24. Februar 1928 bei der Firma **Kraftwagengesellschaft Bad Liebenzell—Schömberg—Höfen**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Sitz **Schömberg**: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Zu Liquidatoren sind bestellt: Fritz Keser, Direktor, Jakob Bäuerle, Schlossermeister, Jakob Lenhard, Direktor, alle in Schömberg. Zur Vertretung der Liquidationsfirma genügen die Unterschriften von zwei Liquidatoren; b) im Vereinsregister vom 27. Februar 1928, 1) **Musikverein Wildbad.** Sitz: **Wildbad**; 2.) **Gesangverein Liederkranz Neusatz.** Sitz: **Neusatz.**

Aufgebot.

Der Fürsorgerechner **Titelius** in **Neuenbürg** hat beantragt, den verschollenen **Andreas Rothfuß**, geb. 11. März 1862 in Dietersweiler als unehelicher Sohn der Christine Rothfuß, später verheiratet mit Bäcker Maimsheimer zuletzt wohnhaft in Neuenbürg für tot zu erklären. Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf den **28. August 1928, nachmittags 3½ Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Amtsgericht Neuenbürg.

Saatkartoffeln!

Machen Sie unbedingt einen Versuch mit den **neuen, glänzend bewährten**

Böhms Edeltraut

hochgelb in Fleisch und Schale

Sie werden mit dem Erfolg sehr zufrieden sein.
Bestellungen auf andere Sorten werden ebenfalls angenommen.
Proben und nähere Einzelheiten von Edeltraut können Sie bei uns haben.

Konsum- & Sparverein
Calmbach.

Zurück!

Augenarzt Dr. Gigglberger,
Pforzheim. Leopoldstr. 1, Telefon 1483.

Wildbad.

Freiwillige Versteigerung.

Am **Donnerstag den 1. März,** von vormittags 10 Uhr ab, versteigere ich in der Villa Neumann, Olgastraße 19,

sieben komplette Betten, Wasch-Kommoden, Schränke, Nachttische, Tische, Schreibtisch, Chaiselongues und anderes mehr

gegen Barzahlung.

Der Beauftragte: **Otto Luber,** Treuhänder.

Landwirte!

Laßt Euch nicht täuschen! Beachtet, daß „Schweizerische Lactina" bereits **50 Jahre** im Handel, das beste Milchersatzmittel zur Aufzucht von Mast- und Jungvieh, Kälbern, Ferkeln, Lämmern und Fohlen ist.
Deutsches Fabrikat!

Bei bedeutenden Ersparnissen gesundes, kräftiges und rasches Aufwachsen der Jungtiere.
10 Pfund Lactina geben 80 Liter Lactinamilch u. kosten M. 4.50
50 „ „ „ 400 „ „ „ „ „ 20.—

Erhältlich bei:

Apotheke in Schömberg,	Schömberg
Gottl. Lötterle, Kolonialwaren,	Bieselsberg
Gottl. Göz, Handlung,	Engelsbrand
Gottl. Mitschele, Kolonialwaren,	Pfinzweiler
Robert Treiber, Gemischtwaren,	Dobel
Bauern-Verein (F. Bolz),	Laffenau
Albert Barth, Drogerie,	Calmbach
Bezirks-Konsum-Verein und dessen sämtlichen Niederlagen	Neuenbürg
Karl Bolz, Bäck. und Handl.	Sprollenhaus
Adolf Lutz, Landesprodukte	Calw
Konsum- und Sparverein e. G. m. b. H., und dessen sämtlichen Verkaufsstellen,	Calw.

Man verlange illustrierte Broschüre gratis bei:

Schweizerische Lactina Panchaud A.-G., Kehl a. Rh.

Neuenbürg.

Am Krämermarkt

(Donnerstag, 1. März)

gebe ich auf sämtliche Manufaktur-Waren, Damen-Konfektion (Kleider und Mäntel)

10 Prozent Rabatt.

Insbesondere mache ich auf einige Restposten Damaste und Halbleine aufmerksam.

Oskar Meisel Nachf.,
Max Genthner.

Hüte – Mützen
Schirme

Krawatten — Hosenträger — Handschuhe

kaufen Sie am besten und billigsten im

Ed. Klein Schloßberg 2 am Markt — **Spezial-Haus Globus** Westliche 42 Telefon 3173
Pforzheim

Jeder Konfirmand — Jeder Kommunikant erhält einen Pracht-Globus mit Sparbüchse gratis!

Auf zum Jahrmarkt! Auf zum Jahrmarkt!

25 Bude 25

Zum Jahrmarkt in **Neuenbürg** trifft wieder der bekannte Stand mit den

billigen Kurzwaren

ein und verkauft zum Beispiel:

	Pfg.		Pfg.
1 Brief Sicherheitsnadeln	15	1 Dutzend Sicherheitsnadeln	4
1 Rest Strumpfband	10	3 Ersatzteile für Hosenträger	25
1 St. Leinenband, alle Farben	7	1 Brief Stecknadeln, 200 St.	5
1 Stück Durchziehband	4	1 Brief Nähnadeln, 25 Stück	3
3 Rollen Maschinenfaden à 200 Meter	45	2 Briefe Haarnadeln	5
3 Rollen Maschinenfaden à 500 Meter	95	1 Büchse Stopf- u. Nähnadeln	8
3 Knäuel Stopfgarn, alle Farb.	18	1 Schachtel Reißnägel, 3 Dzd.	5
1 Dutzend Patenthosenknöpfe	10	2 Dutzend Beinringe	25
3 „ Hosenknöpfe	10	1 Zentimetermaß, Leinen	15
3 „ Leinenknöpfe	10	1 Taschenspiegel	10
3 „ Hemdenknöpfe	10	1 Staubkamm	25
3 „ Druckknöpfe, garantiert rostfrei	10	1 Frisierkamm	25
2 Dutzend Perlmutterknöpfe	10	1 Zahnbürste	25
8 Stück Krogenknöpfe	20	5 Paar Schuhnestel, Macco	25
2 Paket Haften und Haken	10	1 Paar Sockenhalter	25
		1 Paar Aermelhalter, Seide	15
		1 Paar Manschettenknöpfe	20
		1 Kafferseiher	28

1 Posten Aluminium-Bestecke zu sehr billigen Preisen.

Versäumen Sie nicht, von dieser günstigen Gelegenheit Gebrauch zu machen. Sie sparen viel Geld!

Hochachtungsvoll
Süddeutsches Kurzwarenlager.

Achten Sie bitte auf „Bude 25" mit der roten Fahne.

Hypothekengelder auszuleihen!

Nachstehende Kapitalbeträge sind per sofort oder später verfügbar: Mk. 500.—, 2 mal 600.—, 11 mal 1000.—, 1200.—, 1300.—, 5 mal 1500.—, 1600.—, 8 mal 2000.—, 2 mal 2500.—, 4 mal 3000.—, 2 mal 3500.—, 4000.—, 4 mal 5000.—, 4 mal 6000.—, 3 mal 7.00.—, 4 mal 8000.—, 9 mal 10 000.—, 2 mal 12 000.—, 15 000.—, 20 000.—, 3 mal 25 000.—, 30 000.—, 35 000.— und 150 000.—

Die größeren Beträge werden evtl. auch geteilt und sehen wir der Vorlage von Gesuchen unter Beifügung von Schätzungsurkunden entgegen.

Alber & Co., G.m.b.H., Stuttgart,
Schellingstr. 15. Tel. 22 148/49

NB: 1927 für rund drei Millionen Mark Kapitalzusagen ausgefertigt.

Dosenmacher-Lehrlinge,
Graveur-Lehrlinge,
Polissenen-Lehrmädchen,
Emailleusen-Lehrmädchen

werden zur gründlichen Ausbildung eingestellt bei

Anton Weiß & Co., Pforzheim,
Kallhardtstr. 3.

Bezirks-
Konsum
Verein Neuenbürg.

Rekordmehl
ist eingetroffen!

Neuenbürg.
Morgen

Metzelsuppe
Reiß z. „Ochsen".

Calmbach.
Morgen Donnerstag

wozu höflichst einladet
Richt z. „Sonne".

Daselbst wird ein kräftiger, tüchtiger

Hausbursche

gesucht, welcher auch die Landwirtschaft versteht.

800 bis 1000 Mark

auf dreiviertel Jahr, bei 10% Zins, zu leihen gesucht. Sicherheit und Bürgschaft kann gestellt werden.

Offerten unter **Nr. 2** an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Musik-Instrumenten,
gebrauchte, bereits neu, Violinen M. 7, Gitarren M. 8, allerlei Zithern M. 5 und 10, Mandolinen M. 5, Trommeln von M. 2 an bei
E. Hahnlser Pforzheim.
Bergstr. 27 (Wilhelmshöhe).

Pfannkuch

Frische
Seefische
Kabliau
(ohne Kopf)
Pfund **32** Pfg.
im Ausschnitt
Pfund **35** Pfg.
Stock-Fische
(frisch gewässert)
Pfund **32** Pfg.
Feinste
Süß-Bücklinge
Pfund **32** Pfg.

Pfannkuch

Neuenbürg.
Suche zum sofortigen Eintritt ehrliches, fleißiges, in Servieren gewandtes

Fräulein.

Alter nicht unter 18 Jahren.
Restaurant Schumacher.

Birkenfeld.
15—20 Zentner gutes
Klee- und Wiesenheu
zu verkaufen.
Kirchweg Nr. 10.

Birkenfeld.
Eine
2 bis 3 Zimmer-Wohnung
zu mieten gesucht, möglichst mit Stall und Scheune.
Angebote an die Agentur d. Bl.

Conweiler.
Ein Paar

Läufer-schweine
hat zu verkaufen
J. Bürkle z. „Löwen".

Holzkaufzettel,
neues Formular,
vorrätig in der
C. Meeh'schen Buchhandlung.

G.-V. Schömberg
morgen Donnerstag, abends 8 Uhr „Linde".

H. M. Holzapfel.

Goldschmiede-Lehrlinge,
Polissenen-Lehrmädchen

werden zur gründlichen Ausbildung angenommen

Hummel & Siegele, Pforzheim,
Lindenstraße 7.

Lehrlings-Bekleidung für jeden Beruf
empfiehlt
Karl Straub, Spezialgeschäft für Berufskleidung,
Pforzheim, Zerrennerstr. 2, Tel. 2485.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw